

**OVZ-Online – Ausgabe 09.09.2016**

**Schlimme Zustände in Asylunterkunft: Sojka im Kreuzfeuer der Kritik  
Kreistags-Abgeordnete empört: „Menschenunwürdige Aufbewahrung“ /  
Kommt zweites Heim in Altenburg-Nord?  
VON JENS ROSENKRANZ**

**Altenburg.** Heftige Kritik, unter anderem auch von ihrer eigenen Partei, musste Landrätin Michaela Sojka (Linke) zur Kreistagssitzung am Mittwoch wegen ihrer Flüchtlingspolitik einstecken. Im Mittelpunkt stand die anhaltende Konzentration der Asylbewerber in Altenburg-Nord sowie unhaltbare Zustände in Flüchtlingsunterkünften in diesem Wohngebiet. Am Rande wurde bekannt, dass sich die Landrätin um einen Wohnblock in Nord als eine zweite Gemeinschaftsunterkunft bemüht hat.

Nach Ansicht des Altenburger Oberbürgermeisters Michael Wolf (SPD) sei eine Integration in Nord nicht zu schaffen, da dort zu viele Flüchtlinge konzentriert seien und das Gebiet bekanntermaßen selbst soziale Probleme habe. „Wir sind an eine Grenze angekommen, wo ich das der Bevölkerung nicht mehr erklären kann“, sagte er. Dazu zähle, dass ein für Asylbewerber genutzter Wohnblock in der Otto-Dix-Straße als Gemeinschaftsunterkunft genutzt werde, obwohl er dazu nicht geeignet sei. Für Wolf ein untragbarer Zustand. Erneut kritisierte er, dass Altenburg fast 80 Prozent aller Flüchtlinge im Kreis aufnimmt und bezeichnete dies für eine solche Stadt als einmalig in Thüringen. Es sei unerklärlich, warum angesichts der sinkenden Zahlen Nord und andere Teile Altenburgs nicht endlich entlastet werden. Wegen dieser Fragen forderte er Sojka auf, in Nord ein Einwohnerforum durchzuführen. Die Bürger fühlten sich schlecht informiert.

Mit Sabine Fache unterstützte eine Kreisrätin der Linken die Forderungen des Oberbürgermeisters. Als Nachbarin von Flüchtlingsunterkünften kenne sie die Zustände insbesondere an der Glashütte, die sie als reine Aufbewahrung und menschenunwürdig bezeichnet. An dieser Situation habe sich seit Monaten nichts geändert, obwohl bekannt sei, dass an den Häusern seit 30 Jahren nichts gemacht wurde, sagte Fache. Die Asylbewerber fühlten sich allein gelassen. Das einst bestehende Netzwerk für die Betreuung funktioniere auch nicht mehr.

Auf diese Schilderungen ihrer Parteifreundin ging die Landrätin nicht ein, erklärte jedoch, dass man Nord und damit auch Altenburg bereits entlastet habe und hier weiteren nicht mehr genutzten Wohnraum kündigen werde. Es sei aber effektiver, sich bei der Unterbringung auf Städte und nicht auf Dörfer zu konzentrieren, da man die Kraft der begrenzten Anzahl der Integrationshelfer bündeln und auf Ballungsräume konzentrieren müsse. Zu einem Bürgerforum in einer Stadt einzuladen, sei Sache des Bürgermeisters, nicht der Landrätin, erwiderte Sojka auf die Forderung von Michael Wolf.

Rückhalt, zumindest in einem wichtigen Punkt, bekam die Landrätin von Frank Roßner, dem Chef des Landesverwaltungsamtes, das für die Flüchtlingsverteilung in Thüringen zuständig ist. Der Landkreis konnte sich nicht aktiv um zusätzliche Flüchtlinge bemühen und habe dies auch nicht getan, entkräftete Roßner den seit Wochen erhobenen Vorwurf, dass sich das Altenburger Land eigenmächtig um die Übererfüllung der Flüchtlingsquote gekümmert habe. Dass in der Tat ein Plus

entstanden ist, sei für Roßner angesichts der Hektik bei der Verteilung, dem Andrang aus Bayern vor allem im Winter und teilweise chaotischer Zustände purer Zufall gewesen. Das Plus werde nun abgebaut, kündigte er an. Rosner bezeichnete es allerdings als ungünstig, dort viele Flüchtlinge unterzubringen, wo es einen großen Leerstand gebe. Für den Leerstand gebe es Gründe, eine Integration dort sei äußerst schwierig.

Unbeantwortet ließ die Landrätin am Mittwoch die Frage, ob sie eine zweite Gemeinschaftsunterkunft (GU) in Altenburg-Nord plane. Nach OVZ-Information hat Sojka tatsächlich Gespräche über den Kauf eines leeren Wohnblocks in der Ludwig-Hayne-Straße mit dem Eigentümer, der Altenburger Wohnungsgenossenschaft (AWG), geführt. Dies bestätigte dessen Technischer Vorstand, Timo Schranke, der OVZ. Trotz des Kaufangebotes der Landrätin bleibe die AWG bei ihren Plänen, den Wohnblock abzureißen und dort eine Grünfläche zu errichten. Außerdem sei man angesichts der vorhandenen Probleme in Nord dagegen, dort Flüchtlinge auf engen Raum zu konzentrieren, sagte Schwanke.

## **Kommentar**

### **Nord soll weiter vollgestopft werden VON JENS ROSENKRANZ**

Dass der Landkreis seine Flüchtlingsquote nicht übererfüllt hat, ist seit Mittwoch klar. In den Fokus sollten nun ganz andere Quoten rücken. Nämlich, dass Altenburg mit fast 80 Prozent weit mehr als doppelt so viele Asylbewerber aufnimmt, als es anhand seiner Einwohnerzahl müsste. Eine Übererfüllung verzeichnen auch Niederhain, Fockendorf, Nobitz und Gößnitz. Da hört es dann aber schon auf. Selbst Schmölln hat noch Luft nach oben, finster wird es in Meuselwitz, wo rund 130 Flüchtlinge leben müssten, es aber nur 25 tun. Die Zahl in Lucka lautet null.

Das ist der eine Teil des Dilemmas im Landkreis, der mit dem anderen zusammenhängt: Das Landratsamt hört nicht auf, trotz Warnungen, gegen den Willen der Bevölkerung und bar jeden gesunden Menschenverstandes Flüchtlinge weiter nach Altenburg und vor allem nach Nord zu stopfen. Anders kann man den Versuch nicht bewerten, in der Ludwig-Hayne-Straße ein Haus für ein zweites Heim zu kaufen und gleichzeitig zu behaupten, dass man den Stadtteil entlastet. Viele andere Eigentümer hätten die Verkaufssumme lächelnd eingesteckt. Zum Glück tat dies die AWG nicht. Der Grund: Sie will in diesem Wohngebiet nicht zu viele Asylbewerber konzentrieren. Anderen Vermietern ist dies völlig schnuppe, mit denen die Kreisbehörde bei der Asylunterbringung munter Geschäfte macht.

Gern hätte man sich am Mittwoch gewünscht, dass auch die CDU ihre Position erklärt. Offenbar sind die Christdemokraten in sich gegangen und haben leise darüber nachgedacht, durch wen der einst ungebremsste Zustrom erst möglich wurde und wie die Kommunen, vor allem Altenburg, nun mit ihm allein gelassen werden.

j.rosenkranz@lvz.de